

# Die Baugewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
 Nr. 8 + 32. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 21. Februar 1931

### Die „hohen“ Bauarbeiterlöhne

Überall begegnet uns heute das Schlagwort von den hohen Bauarbeiterlöhnen. Ja, besteht denn das Wort nicht zu Recht? Das Statistische Reichsamt gibt den Durchschnittstariflohn der Bauarbeiter mit 1,41 RM. und für ungelernete Bauarbeiter mit 1,16 RM. an. Das ergibt für den Bauarbeiter einen Tagelohn von 11,28 RM., einen Wochenlohn von 67,28 RM. und einen Jahresverdienst von 3384 RM., für den ungelerten Bauarbeiter einen Tagelohn von 9,28 RM., einen Wochenlohn von 55,68 RM. und einen Jahresverdienst von 2784 RM. So rechnet der unwissende Laie, so rechnet leider auch mancher ehrliche Arbeiter aus anderen Berufen, und er meint vielleicht, daß das zwar an sich nicht zuviel, aber am eigenen Verdienst gemessen wesentlich höher sei. Es gibt Unternehmertreue, die den allgemeinen Glauben an diese naive Rechnung benutzen, um für den Abbau der Bauarbeiterlöhne Stimmung zu machen, trotzdem sie genau wissen, daß die Rechnung nicht stimmt!

Es wird allmählich bekannt sein, daß schon der Durchschnittstariflohn des Statistischen Reichsamts den wirklichen Stundenlöhnen nicht entspricht, weil der genannten Durchschnittsziffer nur die Tarifstundenlöhne einer Anzahl größerer Städte zugrunde liegen, die niedrigen Lohnklassen dagegen gar nicht berücksichtigt sind. Aber auch unter Berücksichtigung dessen, bleibt die oben angeführte Rechnung falsch. Schon in normalen Zeiten läßt sich für die Bauherufe das Jahreseinkommen nicht aus dem Stundenlohn berechnen, weil schlechte Witterung und der in der Natur der Sache liegende häufige Wechsel der Arbeitsstelle manchen Arbeitsausfall mit sich bringen, der natürlich gleichzeitig Lohnausfall bedeutet. Die anormalen Verhältnisse der Nachkriegsjahre haben diesen auch in normalen Zeiten nicht ganz zu vermeidenden Arbeits- und Lohnausfall stark ansteigen lassen. So bietet heute der Tarifstundenlohn des Bauarbeiters in keiner Weise mehr einen Maßstab für die tatsächliche Höhe des Einkommens der Bauarbeiter, und man kann es heute nur als Irreführung der öffentlichen Meinung bezeichnen, wenn noch immer von den hohen Bauarbeiterlöhnen geredet wird.

Um über das Jahreseinkommen, das allein zur Beurteilung der Frage, ob die Bauarbeiterlöhne zu hoch sind, maßgebend sein kann, Klarheit zu bekommen, hat unser Verband von allen Mitgliedern, soweit sie dazu in der Lage waren, einen Fragebogen ausfüllen lassen mit Angabe des Jahresverdienstes und der Beschäftigungsdauer. Infolge der Kürze der Zeit ist es heute leider noch nicht möglich, das Gesamtergebnis festzustellen. Die folgenden Tabellen enthalten nur ein Teilergebnis aus einzelnen Verbandsbezirken. Aber immerhin handelt es sich um so viel Fälle, daß Schlussfolgerungen auch für die Gesamtheit der Bauarbeiter unbedenklich gezogen werden können. Das Bild wird sich auch nach völliger Ausarbeitung der Fragebogen kaum erheblich ändern.

Die erste Tabelle zeigt das durchschnittliche Einkommen aus baugewerblicher Tätigkeit von 3870 Maurern und Zimmerern.

Durchschnittliches Jahreseinkommen der Maurer und Zimmerer 1930.

Bezirk	Zahl der erfaßten Mitglieder	Durchschnittliches Jahreseinkommen aus baugewerblicher Tätigkeit	Es bezogen ein Einkommen aus baugewerblicher Tätigkeit						
			unter 1000 RM.	über 1000 bis 1500 RM.	über 1500 bis 2000 RM.	über 2000 bis 2500 RM.	über 2500 bis 3000 RM.	über 3000 RM.	
Bodum	360	12,2	14	168	38	39	64	36	15
Münster	160	13,9	24	56	23	22	29	25	5
Paderborn	97	11,74	63	4	12	17	16	12	—
Königsberg	162	6,77	—	91	20	31	20	—	—
Hannover	250	7,68	32	164	20	21	31	12	—
Zusammen	1029	10,28	12	519	113	130	160	85	22
Summe	10000	—	—	5044	14,98	12,63	15,55	6,26	2,14

Im Bezirk Bodum (rheinisch-westfälischer Industriebezirk) hatten 735 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1460,41 RM., im Bezirk Münster (Münsterland, Emsland, Oldenburg, Bremen) 713

ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1502,96 RM., im Bezirk Paderborn (Regierungsbezirk Minden) 596 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1245,38 RM., im Bezirk Königsberg (Ostpreußen) 260 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1372,82 RM., im Bezirk Hannover (Provinz Hannover, Teile von Thüringen und Hessen-Nassau) 1586 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 910,76 RM. Im Durchschnitt erhielten 3870 Maurer und Zimmerer einen Durchschnittsjahreslohn von 1206,83 RM., wahrlich ein „fürstliches“ Einkommen. Das Glendbild wird noch deutlicher, wenn man die einzelnen Einkommen nach Größenklassen einteilt. Unter 1000 RM. verdienen 1655 von 3870 gleich 42,76 Proz., über 1000 bis 1200 RM. 329 gleich 8,50 Proz., über 1200 bis 1500 RM. 532 gleich 13,75 Proz., über 1500 bis 2000 RM. 676 gleich 17,47 Proz., über 2000 bis 2500 RM. 394 gleich 10,18 Proz., über 2500 bis 3000 RM. 243 gleich 6,28 Proz., über 3000 RM. 41 gleich 1,06 Proz. Ueber 50 Prozent der erfaßten Maurer und Zimmerer hatten nicht einmal ein Jahreseinkommen von 1200 RM. Die Tatsache spricht für sich.

Mit den Bauhilfsarbeitern sieht es noch schlechter aus.

Durchschnittliches Jahreseinkommen der Bauhilfsarbeiter 1930.

Bezirk	Zahl der erfaßten Mitglieder	Durchschnittliches Jahreseinkommen aus baugewerblicher Tätigkeit	Es bezogen ein Einkommen aus baugewerblicher Tätigkeit						
			unter 1000 RM.	über 1000 bis 1200 RM.	über 1200 bis 1500 RM.	über 1500 bis 2000 RM.	über 2000 bis 2500 RM.	über 2500 bis 3000 RM.	
Bodum	360	12,2	14	168	38	39	64	36	15
Münster	160	13,9	24	56	23	22	29	25	5
Paderborn	97	11,74	63	4	12	17	16	12	—
Königsberg	162	6,77	—	91	20	31	20	—	—
Hannover	250	7,68	32	164	20	21	31	12	—
Zusammen	1029	10,28	12	519	113	130	160	85	22
Summe	10000	—	—	5044	14,98	12,63	15,55	6,26	2,14

360 Bauhilfsarbeiter verdienen im Durchschnitt im Bezirk Bodum 1202,14 RM., 160 im Bezirk Münster 1309,24 RM., 97 im Bezirk Paderborn 1174,63 RM., 162 im Bezirk Königsberg 677 RM., 250 im Bezirk Hannover 768,32 RM. Im ganzen hatten 1029 Bauhilfsarbeiter ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1028,12 RM., davon wieder lagen 519 gleich 50,44 Proz. unter 1000 RM., 113

gleich 10,98 Proz. zwischen 1000 und 1200 RM., 130 gleich 12,63 Proz. zwischen 1200 und 1500 RM., 169 gleich 15,55 Proz. zwischen 1500 und 2000 RM., 85 gleich 8,26 Proz. zwischen 2000 und 2500 RM., 22 gleich 2,14 Proz. zwischen 2500 und 3000 RM.

Wenn es mit diesen Zahlen noch nicht genug ist, der präge sich die folgende Gegenüberstellung nur recht deutlich ein. Gegenübergestellt sind das aus dem amtlichen Reichsdurchschnittstariflohn für gelernte und ungelernete Bauarbeiter errechnete mögliche Einkommen und das aus unserer Erhebung gewonnene Durchschnittseinkommen. Im ersten Fall ist Tagelohn, Wochenlohn und Jahreslohn aus dem amtlichen Tarifstundenlohn, im zweiten Fall Stundenlohn, Tagelohn und Wochenlohn aus dem tatsächlichen Jahresdurchschnittseinkommen errechnet.

Zeitliche Einheit	Mögliches Einkommen nach dem Reichsdurchschnittstariflohn		Erfahrungsdurchschnittseinkommen nach der Erhebung d. Z. V. d. B.	
	Bauarbeiter	ungelernter Arbeiter	Maurer und Zimmerer	Bauhilfsarbeiter
Stundenlohn	1,41	1,16	0,50	0,43
Tagelohn	11,28	9,28	4,02	3,43
Wochenlohn	67,68	55,68	23,21	19,77
Jahreslohn	3384,-	2784,-	1206,83	1028,12

Danach liegt der tatsächliche durchschnittliche Stundenlohn des Maurers um 0,91 RM., der Tagelohn um 7,26 RM., der Wochenlohn um 44,47 RM., der Jahreslohn um 2177,17 RM., unter dem möglichen Jahreseinkommen, der tatsächliche durchschnittliche Stundenlohn des Bauhilfsarbeiters um 0,73 RM., der Tagelohn um 5,85 RM., der Wochenlohn um 35,91 RM., der Jahreslohn um 1755,88 RM., unter dem möglichen Jahreseinkommen.

Die vorliegenden Zahlen lassen keinen Zweifel, daß, im Gegensatz zu den Behauptungen über die hohen Bauarbeiterlöhne, im Jahre 1930 geradezu von Hungerverdiensten im Baugewerbe geredet werden kann. Daß unter solchen Umständen ein Lohnabbau im Baugewerbe soziale Katastrophenpolitik bedeutet, bedarf keiner Frage. Wenn dagegen vielleicht gesagt wird, daß der hohe Tarifstundenlohn an der geringen Beschäftigung und damit an dem geringen Jahresverdienst schuldig sei, so verweisen wir nur auf unsere Ausführungen in „Baugewerkschaft“ Nr. 6, wo wir nachwiesen, daß die Lohnfrage für die Bautätigkeit nur von geringer Bedeutung ist. Wenn aber von einer Lohnsenkung eine Ankurbelung der Bautätigkeit und damit auch ein Lohnausgleich nicht erwartet werden kann, so ist es unverantwortlich, in diesem Sinne Lohnfragen zu behandeln.

### Unternehmer-Politik

Vor dem Kriege hatten wir uns daran gewöhnt, den Kursstand einer Aktie und die zur Ausschüttung gelangende Dividende als einen Maßstab für die Güte der Unternehmung zu betrachten. Auch die Gewerkschaften haben damals sehr oft diesen Maßstab hinsichtlich ihrer Lohnforderungen zur Anwendung gebracht. Heute ist man sich wohl ziemlich allgemein darin einig, daß die Höhe des Kurses und der Dividende nichts mehr für den inneren Wert der Unternehmung besagt. Kursstand und Dividende sind heute mehr denn je Mittel der Unternehmer-Politik geworden, um nicht zuletzt den Forderungen der Gewerkschaften statische Angaben des Unvermögens entgegenzusetzen zu können.

Diese für die Allgemeinheit verderbliche Unternehmer-Politik ist hauptsächlich großgezüchtet worden durch die zunehmende Entpersönlichung der Unternehmungen, durch die umfassende Konzentrationsbewegung und damit zusammenhängend das Eindringen harter Kapitalgruppen, das zu einer effektentypischen Beherrschung der Unternehmungen geführt hat. Die wirklichen Industriellen werden immer mehr verdrängt von den Industrie-Paket-Besitzern. Zu diesen sind auch die Banken zu rechnen, denen es weniger auf die Höhe der Dividende ankommt als auf das sich aus der Beherrschung der Betriebe ergebende Geschäft. Sie sind rein finanzpolitisch orientiert und für Konzentrationen in der Wirtschaft sehr empfäng-

lich, da neben dem laufenden Geschäft sich noch oft große Gewinne aus Neuemissionen usw. ergeben.

Auch die Großaktionäre haben heute kein Interesse mehr an hohen Kursen und Dividenden. Sie sitzen infolge ihrer Kapitalkraft meistens in der Verwaltung auf hochdotierten Posten. Im Gegenteil ermöglichen ihnen ein niedriger Kursstand und eine geringe Dividende den Ankauf weiterer Aktien zu billigen Preisen. Ihr Interesse ist daher mehr der Stärkung der stillen Reserve, von der zugewandt, die ihren Besitzanteil innerlich wertvoller machen und ihnen später in dieser oder jener Form geldlich wieder zugutekommen. Als sogenannte Eingeweihte verzichten sie natürlich nicht auf die Börsenspekulation; sie kennen die inneren Vorgänge ihrer Unternehmung und können daher beizeiten ihre effektentypischen Dispositionen mit Aussicht auf Erfolg treffen. Eine andere Gruppe der Großaktionäre betrachtet ihre Aktienpakete lediglich als Spekulationsobjekt, mit denen sie Handel treibt. Sie ist nicht an der Dividende interessiert, sondern lediglich am Kursgewinn. Sie sieht der Unternehmung völlig fern; jeder Vorgang, der die Kurse nach oben oder unten beeinflussen kann, oder in gutem oder bösem Sinne, ist ihr herzlich willkommen, da sie aus ihm ihre Gewinne zieht. Sie lebt gewissermaßen von der wirtschaftlichen Benutzungs-

In diesem Zusammenhang dürfen als Wichtigstes nicht die Interessentkäufe von Aktienpaketen übergegangen werden. Sie drücken der heutigen Wirtschaft ihren Stempel auf. Diese Interessentkäufe werden vorgenommen zum Zwecke wirtschaftlicher Zusammenfassung verschiedener Gesellschaften, zur Angliederung der verarbeitenden Industrie, zur Erweiterung der Rohstoffgrundlage, zur Beherrschung der Absatzorganisationen usw. Es tritt so eine Verflechtung der Wirtschaft durch Effektenbesitz auf. Auch ein spekulativer Austausch von Aktienpaketen zur Erzeugung eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses kann häufig beobachtet werden. Auf diese Weise wird die Aktienmehrheit dem Verkehr entzogen, die doch schließlich für den Stand der Kurse und für die Höhe der Dividende ausschlaggebend ist. Die Aktien ruhen nunmehr im Verwahr der Epigonegesellschaften, die ein Interesse daran haben, die Dividende möglichst niedrig zu halten. Niedrige Dividende bedeuten niedrigen Kurs, und so erscheinen diese Effekten denn auch in der Bilanz völlig unterbewertet. Es bietet sich durch diese Unterbewertung die denkbar beste Möglichkeit, große Gewinne zu verstecken. Diese Entwicklung hat schließlich zu den sogenannten Dachgesellschaften geführt, die man vielfach aus finanzpolitischen Gründen in das Ausland verlegt hat. Sie sind im Besitze der Aktienpakete und können nun nach Belieben die Höhe der Dividende und den Kursstand der Aktien festsetzen. Ihre schädlichste Spitze finden diese Dachgesellschaften in der Angliederung von Rohstoffeinkaufsabteilungen. Sie befinden sich meistens im Ausland. Sie kaufen die Rohstoffe sehr billig ein und setzen dieselben zu einem hohen Preis an die kontrollierten Werke ab, die nunmehr ihre Fabrikate mit nur geringem Nutzen oder gar keinem absetzen können. Infolgedessen tritt bei diesen Einzelwerken am Schluß des Jahres nur ein geringer Gewinn oder sogar ein Verlust zu Tage. Aber ein hoher Gewinn ist doch da, er liegt nur bei der Dachgesellschaft im Ausland. Ähnlich verhält es sich zum Teil mit der verarbeitenden und rohstoffergzeugenden Industrie, die ja auch in Dachgesellschaften zusammengeschlossen sind. Hier kauft die verarbeitende Industrie die Rohstoffe beinahe zu Selbstkostenpreisen, um an ihren Fabrikaten einen höheren Gewinn zu haben. Die Bilanz der Rohstoffwerke sieht dann natürlich sehr trübe aus. Der Gewinn kommt aber wiederum der Dachgesellschaft zugute. Ueberhaupt kann man in der heutigen Zeit als Regel annehmen, daß durch die effektenkapitalistische Verflechtung der Wirtschaft die Gewinne immer dorthin verschoben werden, wo ihnen in finanzpolitischer Beziehung am wenigsten Abbruch droht. Die Bilanzansweise der Einzelwerke, der Kursstand ihrer Aktien und die Höhe ihrer Dividende haben daher für den inneren Wert der Werke an Bedeutung völlig verloren. Natürlich sind diese Bilanzen in der Hand der Unternehmer eine sehr heikle Waffe gegen irgendwelche Belastung der Industrie, mag es sich um Soziallasten oder um eine Erhöhung der Löhne handeln. Immer sind sie in der Lage, auch bei Offenlegung ihrer Bücher zu beweisen, daß sich der Einzelbetrieb nur wenig oder gar nicht rentiert.

Diese Unternehmer-Politik der Gewinnverschleppung und der Gewinnverheimlichung, die in der effektenkapitalistischen Verflechtung ihren fruchtbarsten Nährboden findet und sich so recht in der Neuzeit entwickeln konnte, wird ergänzt durch die Gewinnverschleppung und Gewinnver-

heimlichungen neuer Anlagen über Unkosten, die Einziehung der Reserven in das Schuldenkonto usw. Durch diese Methoden wird ein geheimes Zusatzkapital geschaffen, das die Machtposition der Unternehmer natürlich außerordentlich stärkt. Die Tendenz der Unternehmungen geht heute dahin, erst stille Reserven zu bilden und dann erst den auszuweisenden Gewinn zu berücksichtigen. So kann selbst ein Unternehmen, das mit einem Verlustsaldo abschließt, noch völlig gesund und lebensfähig sein.

Diese stillen Reserven können aber auch eine große Gefahr für das Unternehmen bedeuten, da sie unkontrollierbar sind. Große Verluste können durch interne Umwälzungen von seiten leichtfertiger Unternehmer verschleiert und ein guter Geschäftsgang vorgetäuscht werden, wo er gar nicht vorhanden ist. Es liegt in den stillen Reserven für diese Unternehmer weiter die große Gefahr der Eingehung von Spekulationsgeschäften, die das ganze Unternehmen ruinieren können. Die Unternehmer halten zwar erklärlicherweise an der unbedingten Notwendigkeit der stillen Reserven fest, da sie, wie sie nach außen hin erklären, für die Selbstfinanzierung und Liquidität unbedingt notwendig wären. Aber dieser Einwand ist wenig stichhaltig. Gewiß muß für einen ruhigen und stetigen Geschäftsgang in jeder nur möglichen Weise vorgesorgt werden, aber dafür sind nur offene Reserkonten da, die jederzeit nachkontrolliert werden können. Es geht auch ohne stille Reserven, und zwar weit besser, da ein solches Unternehmen weit größeres Vertrauen sich erwerben kann. Heute ist die Bilanz ein Spiel mit Zahlen ohne ersten Sinn geworden; das wahre Gesicht einer Unternehmung und ihrer Rentabilität läßt sie nicht mehr erkennen.

Durch diese strupellose Unternehmer-Politik wird der Arbeitnehmer um seinen Anteil am Ertrage betrogen. Für die Gewerkschaften bedeuten die stillen Reserven eine stete Gefahr; bilden sie doch gewissermaßen einen Kampfschutz für die Unternehmer, auf den sie jederzeit zurückgreifen können. Die Allgemeinheit muß endlich aber einmal wissen, wie es in Wirklichkeit um die deutsche Wirtschaft bestellt ist. Es muß verhindert werden, daß Gewinnerträge dem deutschen Volke durch Gewinnverschlebung verlorengehen.

### Die Bedeutung hoher Löhne in der Volkswirtschaft

Gegenüber den Unternehmernauffassungen, die in der Herabsetzung der Löhne das Allheilmittel erblicken, gehen die Ansichten der Arbeitnehmer dahin, daß hohe Löhne sich in verschiedenster Hinsicht innerhalb der Volkswirtschaft günstig auswirken.

Von gewaltigem Ausmaße sind die Wirkungen hoher Löhne auf den Markt. Höhere Löhne erhalten, bedeutet Steigerung der Massenkauflust. Hohe Massenkauflust bedeutet Förderung des Konsums. Der größere Verbrauch bedingt Vermehrung der Produktion, die im Endeffekt Verringerung der Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Die Steigerung der Kaufkraft der Arbeiter bedingt naturgemäß eine Schmälerung des Einkommens der oberen Volksschichten, so daß eine Einschränkung der Luxusgüterproduktion erfolgen muß. Letzteres wäre sehr erwünscht, da es der Volkswirtschaft zugunsten läuft, daß ein großer Teil des Volkseinkommens für zunächst nur angenehme Zwecke verbraucht wird, bevor dem notwendigen Konsum getrauen ist. Nicht zu verkennen ist, daß ein großer Teil der Luxusartikel ausländische Erzeugnisse sind. Man denke z. B. an Perserteppiche und ähnliche Dinge. — Eine Umgestaltung auf Massenproduktion wird das Produkt verbilligen. Die Verbilligung der Gebrauchsgüter bewirkt einen größeren Absatz auf dem Binnenmarkt, bleibt aber auch nicht ohne Einfluß auf den Weltmarkt. Mit der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt allein ist unserer Volkswirtschaft nicht gedient; ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, ist die Belebung des Binnenmarktes.

Hohe Löhne verhindern eine Ueber-rationalisierung, denn um die einseitige Profiterschmälerung wieder wettzumachen, wird der Unternehmer bestrebt sein, seinen Betrieb so praktisch zu gestalten, wie es eben möglich ist. Zum mindesten dürfte verhindert werden, daß Anlagen erstellt werden, die nur teilweise in Betrieb genommen werden können.

Es ist weiter zu berücksichtigen, daß hoher Lohn die Möglichkeit zum Sparen gibt. Nur auf diese Weise wird der Wunsch der Arbeiterschaft erfüllt werden können, ein Eigenheim, einen Garten oder doch wenigstens eine ordentliche Wohnungsanrichtung zu haben. In Wirklichkeit auf die Volksgesundheit ist dies von größter Bedeutung.

Gute Entlohnung wird die Berufsfreude heben. Nach unserer Auffassung von der Arbeit und der Verantwortung hat zwar jeder Arbeiter, ob gelernt, angelernt oder ungelernet, seine Berufsarbeit nach bestem Können zu verrichten. Das besagt jedoch noch nicht, daß die Hebung der Berufsfreude bei ihm unterbleiben kann. Es kommt sogar sehr darauf an, in welchem Maße der Arbeitnehmer an seiner Arbeit interessiert ist. Dem ethischen Interesse muß also das wirtschaftliche Interesse zur Seite gestellt werden.

Die Berufsfreude erzeugt höhere Leistung.

Maschinen und Werkzeuge werden besser gepflegt, so daß ein großer Teil der einseitigen Mehraufwendung an Löhnen wieder wettgemacht wird.

Vielen scheint noch nicht klar zu sein, was es für den Arbeitgeber heißt, mit einer Belegschaft arbeiten zu müssen, die verärgert oder gar böswillig ist, und welche katastrophale Wirkungen ein Lohnabbau für die gesamte Volkswirtschaft haben kann.

### Arbeitsdienstpflicht

Der Gedanke der Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres wirkt seit der Abschaffung der Militärdienstpflicht um Freunde und Anhänger. In Zeiten guter Konjunktur die stille Hoffnung derer, die Kaserne und Parade-marsch nicht vergessen können, gibt es sich in Notjahren eine realere Bedeutung als Mittel zur Behebung der Not. Die Arbeitnehmer aller Richtungen sowie die führenden Unternehmer haben es bisher abgelehnt. So ist es zu einer Sorge Kleinbürgerlicher Kreise und ihrer Parteien geworden, die ihre besonderen unsozialen Absichten damit verbinden. Bädermeister Dremig pries schon vor Jahren die Arbeitsdienstpflicht als wirkungsvollste Waffe gegen die Sozialversicherung. Seine Partei, die Wirtschaftspartei, war es denn auch, die jetzt wieder im Reichstag einen Antrag zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht einbrachte. Sie sieht darin eine „Ehrenpflicht an Volk und Reich und einen Dienst an der deutschen Jugend, die in geregelter Arbeit und Pflichterfüllung dem Wohle der Allgemeinheit sich unterzuordnen lerne.“ Das klingt gar nicht übel, und man wäre fast geneigt, von diesen schönen Worten sich überzeugen zu lassen, wenn einem nicht der Antrag 1929 dem Preussischen Landtag durch Hugenberg vorgelegte Plan einfiel, der wesentlich deutlicher verlangte, daß „alle Deutschen männlichen Geschlechts vom 18. bis 21. Lebensjahr sich einer staatlich geregelten Arbeitsdienstpflicht für die Dauer von 12 Monaten zu unterziehen haben, und daß diese Arbeitsdienstpflicht allen geeigneten Zweigen der deutschen Volkswirtschaft zugänglich gemacht wird.“

Auf eine einfache Formel gebracht, bedeutet das die Lieferung von billigen Arbeitskräften an private wirtschaftliche Unternehmungen mittels staatlichen Zwanges, die das gesamte Arbeits- und Tarifrecht sehr bald zerlegt werden würde, eine Absicht, die von allen aufrechten Arbeitnehmern schon aus Gründen der Selbstachtung abgelehnt wird. Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen nach den Absichten der Wirtschaftspartei freie Station und bei Klein-nig pro Tag erhalten und durch gediente Soldaten geführt werden.

Für eine Arbeitsdienstpflicht ohne Hugenbergs Nebenabsichten lassen sich zweifelsohne eine Reihe einleuchtender Gründe anführen. Beispielsweise die Erziehung der Jugend zu einer straffen Ordnung, zu einem disziplinierten Arbeits- und Aufbauwillen oder zur Leistung von volkswirtschaftlich nützlichen Arbeiten, die sonst nicht getan würden, weil sie im Augenblick nicht rentabel sind (Urbarmachung von Brach- oder Sumpfland, Kanalbauten usw.). Aber die Gegengründe sind weit stichhaltiger. Eine zwangsweise Erziehung besonders in den fraglichen Jahren bewirkt zumeist das Gegenteil des Gewollten. Die frühere militärische Ausbildung hatte wenigstens einen idealen Hintergrund, nämlich die Verteidigung des Vaterlandes. Die Begründung der Arbeitsdienstpflicht aus einer Ehrenpflicht heraus ist dagegen reichlich problematisch, abgesehen davon, daß auch der Militärdienst namentlich für die Charakterbildung oftmals und bei vielen recht bedenkliche Folgen zeitigte. Und die Meliorationen? Die sind außerordentlich wertvoll. Aber die kann man doch auch mit vom Staate oder von einer Interessentengruppe tariflich bezahlter Arbeit ausführen, die immer noch am produktivsten gewesen ist. Erinnert man sich doch noch mit einem behaglichen Schmunzeln des Arbeitsdienstes in der Kaserne, wo eine Gruppe von acht Leuten mit einem Unteroffizier einen leichten Handwagen langsam durch die Gegend führte.

Für eine wirkungsvolle Behebung der Arbeitslosigkeit kommen die Meliorationen im Augenblick überhaupt nicht in Frage. Das sind Arbeiten, die erst auf lange Sicht produktiv werden. Sie können zwar einen Bruchteil von Erwerbslosen wieder in Beschäftigung bringen, ohne sofort den wirtschaftlichen Kreislauf zu beleben. Was wir brauchen, das ist eine unmittelbare Ankerbelastung der Wirtschaft, also Arbeitsleistungen, die unmittelbar neue Arbeiten auslösen, Arbeitsergebnisse, die sofort realisierbar sind. Nicht die Produktion ist das Primäre, sondern Absatzsteigerung, die ganz von selbst vermehrte Produktion schafft und die Erwerbslosen wieder in den Wirtschaftsprozess einschaltet.

Das ist ja überhaupt der Kardinalfehler der Leute, die mittels der Arbeitsdienstpflicht die Erwerbslosigkeit beseitigen wollen, daß sie ein Arbeiterheer schaffen wollen, trotzdem wir Arbeiter genug haben. Wir brauchen nicht Arbeiter, sondern Arbeit und Absatzmöglichkeiten. Und die vermag uns, wie wir sehen, die Arbeitsdienstpflicht nicht zu geben. Kommt die Arbeitsdienstpflicht somit nicht als Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Frage, so kann man erst recht nicht mit einer Erwerbslosigkeit, die nur eine vorübergehende Erscheinung darstellt, die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Arbeitsdienstpflicht als Daueranrichtung beweisen. Sie kann im

## Nicht müde werden

Wenn dir ein Werk will nicht gelingen,  
Wenn alles, was du baust, zerfällt,  
Sollst du nie Klageleder fangen,  
Nicht fluchen über diese Welt!  
Von neuem mußt du wieder bauen,  
Mußt wieder setzen Stein auf Stein,  
Ganz dir und deiner Kraft vertrauen  
Und voller Mut und Hoffnung sein!

Carl von Sillmer.

Meinerzeit in den einzelnen Betrieben. Die Anlegung stiller Reserven ist ja in der Geschäftspraxis nichts Neues. Aber es ist zu beachten, daß sie in der Krisenzeit in sehr hartem Maße vorgenommen wird. Große Teile des Vermögens werden auf diese Weise verschleiert. Die Methoden, nach denen hierbei gehandelt wird, sind wohl so ähnlich die gleichen geblieben. Es gehören hierhin die übermäßigen Abschreibungen auf die einzelnen Bilanzobjekte, die dem wahren Stand der Dinge keineswegs entsprechen; die Unterbewertung von Waren, Forderungen und im Besonderen der Unterbewertung schuldigen Effekten. Kennzeichnend dieser Effektenbesitz, vielfach unter dem Namen Verflechtungen angeführt, der mit harten Mitteln und auf lange Sicht erworben wird, ist so recht zur Veranschaulichung von Gewinnverschleppung, da infolge Abschreibungsgegenstände der Kurs von der Unterbewertung her niedrig gehalten werden kann. Ferner sind hier anzuführen die Unterbewertung von Schäden, die Ab-

Gegenteil, insbesondere bei guter Konjunktur sich zum Schaden der Wirtschaft auszuweiten. Sie muß ganz schematisch alle jungen Deutschen der in Frage kommenden Altersstufe aus ihrem Berufe herausziehen, gleichgültig, ob der betreffende Beruf Arbeitskräfte abgeben kann oder noch welche benötigt, es sei denn, daß man die Wirtschaftssoldaten in ihrem Berufe beläßt, ihnen aber statt des Tariflohnes nur den Soldatenlohn von 50 Pfennig pro Tag beläßt. Das letztere wäre so abwegig, daß man darüber keine Worte zu verlieren braucht. Noch schlimmer ist es in Zeiten großer Erwerbslosigkeit, wie der jetzigen. Da besteht, selbst wenn der Staat dagegen vorbeugende Maßregeln treffen würde, die akute Gefahr, daß die Wirtschaftssoldaten als Lohndrücker und Arbeitszeitverschlechterer zwangsweise mißbraucht werden.

Weiter wird durch die Arbeitsdienstpflicht ein neuer kostspieliger wirtschaftsmilitärischer Apparat geschaffen, der unseren sowieso schon völlig ausgepumpten Staatskassen noch mehr belastet, ohne daß bei der Buntschichtigkeit der für die verlangten Arbeiten zumeist wenigstens zunächst ungeeigneten Arbeitsdienstpflichtigen an eine Aufbringung der Mittel aus Eigenem gedacht werden könnte. Die Folge wäre eine Multiplizierung der Bürgersteuer. Denn anderswo ist kaum noch etwas herauszuholen. Nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums würden die jährlichen persönlichen Unkosten für jeden Wirtschaftssoldaten 1580 Mark betragen und einschließlich der Materialkosten 3000 Mark. Womit kosten 100 000 Dienstpflichtige mehr als 300 Millionen Mark im Jahre gegenüber etwa 72 bis 80 Millionen Mark Unterstützungsaufwand für Erwerbslose. Ein Jahrgang jugendlicher männlicher Dienstpflichtiger, der abzüglich der zu Befreienden etwa 450 000 Dienstpflichtige umfassen würde, würde daher mindestens 1,35 Milliarden Mark kosten. Der Vorschlag der Wirtschaftspartei, die Mittel je zur Hälfte aus dem Aufkommen der Arbeitslosenversicherung und durch eine Sondersteuer der Betriebe der öffentlichen Hand zu entnehmen, erledigt sich selber. Jedenfalls zeigt er die wirklichen Absichten der Arbeitsdienstpflichtbestimmungen.

Dazu kommt endlich noch die läche Berufsunterbrechung die die jungen Menschen in den besten Lernjahren aus dem Berufe herausholt, sie dem Berufe entfremdet und ihnen vielleicht für immer die Rückkehr zu ihm versperrt. Das wäre angeht einer so problematischen Angelegenheit, wie sich uns das Dienstpflichtjahr darstellt, unverantwortlich für den einzelnen wie für das Staatsganze.

Aus diesen Gründen kann es nur eines geben, nämlich sich der Einführung der Arbeitsdienstpflicht zu widersetzen, wie ja auch die Reichsregierung bisher alle Versuche, sie ihr aufzudrängen, abgewehrt hat.

## Arbeitslosenfeststellung im Verband für Januar 1931

Die Arbeitslosenberichte vom Monat Januar 1931 aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage gegenüber dem Vormonat noch weiter zurückgegangen ist. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Dezember 1930 mit 74,10 Prozent weist der Januar die Zahl der Beschäftigungslosen mit 80,48 Prozent aus. Das bedeutet eine weitere Erhöhung der Arbeitslosenquote um 6,38 Prozent. Die Vergleichszahl vom Januar 1930 ist 65,00 Prozent, der diesjährige Arbeitslosenstand übersteigt somit den vorjährigen um 15,48 Prozent. Die Verschlechterung der Beschäftigungslage erfährt alle Bezirke. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Königsberg, ihm folgt Breslau, dann München und Frankfurt.

Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin . . . . .	78,72	7. Köln . . . . .	67,84
2. Bochum . . . . .	75,20	8. Königsberg . . . . .	96,25
3. Breslau . . . . .	89,37	9. München . . . . .	89,20
4. Frankfurt . . . . .	88,00	10. Münster . . . . .	87,44
5. Hannover . . . . .	83,39	11. Paderborn . . . . .	88,51
6. Karlsruhe . . . . .	70,89		

Die Arbeitsmöglichkeit war durch sogenanntes Winterwetter wenig beeinträchtigt.

## Rechtsschnperfolge der Verwaltungsstelle Gladbeck

Das Jahr 1930 erforderte wiederum angestrengte Rechtschäftigkeit. Neben Differenzen in der Sozialversicherung waren es vor allem Streitfragen aus dem Arbeitsverhältnis, die energisches Eingreifen erforderten. Gab es doch Arbeitgeber, die glaubten, die trostlose Bauernlage für ihren „Gewinn“ ausnützen zu können. Es wäre uns möglich gewesen, in der Erteilung des Rechtsschnperes mehr zu tun, wenn alle Differenzen aus frühzeitig genug oder überhaupt gemeldet worden wären. Auch auf dem Gebiete der Lohnsteuererstattung, Niedererschlagung von Steuerarten der verschiedensten Gattung und Mietsangelegenheiten mußte eingeschritten werden. Insgesamt wurde in fast 40 Terminen, 352 Ausflüssen und circa 200 Schriftstücken ein Barbetrag von 7570,30 RM erzielt. Hierin sind die laufenden Unfall- und Invalidenrenten, die während des Jahres

## Am 21. Februar 1931 ist der achte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

durchgeföhrt wurden, nicht einbezogen. Bei Wertung der ungünstigen Gesamtlage der Bauwirtschaft ist dieser finanzielle Erfolg sehr beachtenswert. Er zeigt, daß auch in Notzeiten der Berufsverband für seine Mitglieder der beste Sicherheitsanker ist.

## Allgemeine Rundschau

### Kriegsopferforgen

Eine Mitte Januar stattgeföhrende Tagung des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener nahm Stellung zu den akuten Versorgungsfragen. Eine Herausnahme der Versorgungsverwaltung aus der Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums und ihre Unterstellung unter das Reichsfinanzministerium würde das soziale Moment bei der Schaffung von Versorgungs- und Fürsorgevorschriften für die Kriegsopfer und bei ihrer Handhabung verdrängen und durch rein finanzielle Gesichtspunkte ersetzen. Die nachteiligen Folgen für die Gesamtheit der Versorgungsberechtigten wären unabsehbar. Die Arbeit der Versorgungsbehörden sei weisenspezifisch von der Tätigkeit der Finanzbehörden. Die gewünschte Umorganisation der Versorgungsverwaltung wird auch auf weitere Sicht keine Sparmaßnahme darstellen, sondern erheblich neue Mittel erfordern, die bessere Verwendung für die Befestigung der in der Versorgung zahlreich vorhandenen Härten fänden.

Die Tagung stellte fest, daß der neue Versorgungshaushalt gegenüber dem Vorjahre bereits um mehr als 100 Millionen Reichsmark gekürzt worden sei. Weitere Einsparungen ließen sich daher bei diesem Etat nicht erzielen. Gerade bei der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen seien in den letzten Jahren zahlreiche Sparmaßnahmen durchgeführt worden, die in vielen Kriegsopferfamilien neuen Kummer hervorgerufen und ihre Lebenshaltung weiter herabgedrückt haben. Mit allem Ernst müßte der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener vor den moralisch und politisch höchst bedenklichen Folgen weiterer Rechtsverschlechterungen in der Versorgung warnen und mit allem Nachdruck den sofortigen Schluß des Versorgungsabbaues fordern.

## Aus dem Verbandsleben

Limburg/Lahn. Im Monat Januar riefen wir in fast in jeder Ortsgruppe unsere Kollegen zu einer öffentlichen Versammlung auf. Die Kollegen, Bezirksleiter Schleicher, Frankfurt, und Sieben, Limburg, sprachen in den Versammlungen im Bezirk des Goldenen Grundes. Für den Westerwald war eine eigene Versammlungswoche angelegt. Hierzu waren die Kollegen Kolte, Effen, Beul, Gellentirchen, Hilpich, Köln, gewonnen.

In Elz beginnen wir am 2. Januar, Tags darauf nach Oberbrechen. Hier rund 150 Mann versammelt. Aussprache sehr reg. Am Sonntag sind drei Versammlungen, in Schwidershausen, Camberg und Niederbrechen. Neuester reger Versammlungsbesuch. Am Samstag darauf in Erbach. Hier nur eine kleinere Gruppe, jedoch Tags darauf in Eisenbach, wo 180 Mann erschienen sind. Die nächsten vier Tage geht's mit rund 100 jungen Kollegen zu einem Kurkurs nach Kirchhain. Ernste Arbeit und jugendfrohe Stimmung lassen die Tage gut auswerten und allzu schnell entschwinden. In Lindenhöfchen sind alle Organisierten zur Stelle, in Wersbach ebenfalls. In Dietkirchen, Oberliefenbach, Oberwener, Heuchelheim und Friedhofen im Durchschnitt guter Besuch. In einigen Stellen versucht man in der Aussprache die Versammlung politisch zu gestalten. Straffe Versammlungsleitung tut not. In Niederzeuzheim waren 50 Leute anwesend, organisiert kaum jemand. Brauchland, mancher verärgert, verbittert. In guten Beschäftigungszeiten lag ihnen wenig am Verband. Heute sehen sie die Notwendigkeit der Organisation ein. Jeder will beitreten. „Ja, wenn kostenlose Aufnahme oder wieder in Arbeit.“ In Rengershausen, hier Bauarbeiter und Metallarbeiter. In Dillhausen sind fast alle Kollegen zur Stelle. Der Herr Pfarrer ist mit dabei. Er weiß, was ein Arbeiterpfarrer in dieser Zeit zu den Armen der Armen gehört. Am Dienstag erneut in Niederbadamar. Das Versammlungslokal brechend voll. Die Teilnehmer kritisch eingestuft, angeblich in früheren Jahren mit der Organisation schlechte Erfahrungen gemacht. (Grund: zum Teil sozialistisch verheßt.) In Steinach erhält der Kollege Kie das Ehren Diplom. Keine große Feier. Viele Bauarbeiter und wenig organisiert. Man verfährt einzutreten, sobald man Arbeit findet. — Versammlungsbesuch in Probach und Hangenmellingen reg. Am Mittwoch, den 12. in Ellar, Dorchheim und Winkels. Ueberall der Schrei nach Arbeit und Klage über ungenügende soziale Hilfe durch Arbeits- oder Wohlfahrtsamt. — Füllingen, Hausen, Mengerskirchen. Aus die nächsten Versammlungsorte. In allen drei Orten gibt es noch viele Kollegen zu werden oder wieder zurückzugewinnen. Verbitterung und Verärgerung sieht manchen Gemein bei Fuß legen. — In Waldersbach Mühlbach und Oberrod sind die Kollegen folgenden Tags zur Stelle. Politische Wirrköpfe versuchen ergebnislos unsere Gewerkschaftsversammlungen ins politische Fahrwasser zu bringen. — Am Samstag, den

24. Januar, sind die Kollegen von Trntraut, Langenderbach, Elsoff und Urtur beisammen. — Sonntag, den 25., hat unsere Ortsgruppe in Lahr in der Turnhalle zur Hofunggebung des Westerwaldes aufgerufen. Trotz des schlechten Wetters und des strömenden Regens sind rund 300 Kollegen zur Stelle. Gerade diese Kundgebung ließ in manchem Unorganisierten den berechtigten Vorwurf aufkommen: „Warum sehe ich außerhalb der Reihen der Kämpfer für die Arbeitererschaft?“

Als Gesamtbetrachtung sei folgendes gesagt: Das neue Jahr hat uns nicht weniger Arbeit gebracht. Im ersten Monat konnten wir dank der rührigen Mithilfe des letzten Vertrauensmannes 39 Verammlungen abhalten. Diskussionsbasis meist nahe am Politischen; Verbitterung und Verärgerung über ungenügende soziale Fürsorge auf dem flachen Lande. Insbesondere sind die Richtlinien des Landesarbeitsamts Frankfurt zu § 89 a AWVG und zur Krisenunterstützung viel zu scharf und alle Einkommensverhältnisse bei etwas Landbesitz durch die großstädtische Brille gesehen. Ist ein wenig Land vorhanden, eine oder sogar mehrere Berggrundstücke (Ziegen), so liegt der Verdacht nahe, Großgrundbesitzer zu sein. Hier muß eine besondere Berücksichtigung der tatsächlichen ländlichen Verhältnisse gefordert werden. Trotz der schlechten Umwandlungsmöglichkeit, trotz des allgemeinen Pessimismus und wirtschaftlichen Gedrücktheits unverbrüchliches gewerkschaftliches Treugelöbnis. Es gilt zu werden, um den letzten Kollegen hereinzuholen in die Front der Kämpfer für Berufsaussicht und Standwerdung.

Den angestellten Kollegen wurde wohl in jeder Versammlung ans Herz gelegt, sich mit stärkster Initiative dafür einzusetzen, daß die Kollegen in den Umwandlungsarbeiten doch endlich die Möglichkeit bekommen, in den Städten des Industriebezirkes Arbeit zu finden. Scharf wurde das Verhalten der freien Gewerkschaften in Westdeutschland beurteilt, die gegen die Kassauer, Westerwälder, Kämpfer und kein Mittel unversucht lassen. Sie von den früheren Arbeitsplätzen fernzuhalten. Unsere Versammlungen haben sicher anregend gewirkt. In unserem Zusammenschluß liegt die Stärke. Der Verband wird diese Notzeit überstehen, wenn wir alle geschlossen zu ihm halten. Folie.

Münberg. Unsere am 22. Januar stattgeföhrende Generalversammlung war gut besucht. Vorsitzender Kollege Kiedl gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Ortsgruppe. Kollege Liebhaber erstattete den Kassenbericht, der von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Kollege Schardt gab einen Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats und ermahnte die Kollegen zur Agitationsarbeit. Anschließend wurde Kollege Winkler für seine eifrige Verarbeit die goldene Ehrennadel überreicht. Kollege Bach gab einen Ueberblick über die Bauausichten im Jahre 1931.

Das Wahlergebnis erbrachte als 1. Vorsitzenden Kollegen Kiedl, als 1. Kassierer Kollegen Liebhaber. Berlin (Zimmerer). Die Berufsgruppe der Zimmerer hielt am 24. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kamerad Unglaube erstattete einen ausführlichen Jahresbericht. Er erwähnte hierbei u. a. die große Arbeitslosigkeit, die sich gerade im Zimmergewerbe im vergangenen Jahr bemerkbar gemacht hat. Die Gegenüberstellung der Arbeitslosenlisten im Jahre 1929 und im Jahre 1930 zeigte das gewaltige Ausmaß der Arbeitslosigkeit. So waren z. B. im Hochsommer 1929 in Groß-Berlin am 6. Juli 847 Zimmerer arbeitslos. Dagegen am 1. Juli 1930 2827. Am 18. Januar 1930 waren 2998 und am 15. Januar 1931 4188 Zimmerer arbeitslos. Gesamtzahl aller Zimmerer Berlins, normal gerechnet, 6000.

Trotz dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit ist die Entwicklung in unserer Gruppe zufriedenstellend: es ist eine Zunahme von rund 10 Prozent zu verzeichnen. Eine im Jahre vorgenommene Rundfrage ergibt, daß von je 100 Kameraden nur 18 im vergangenen Jahre 3-5 Tage Ferien bekommen haben. Kollege Weber ergänzte den Jahresbericht noch, indem er einen kurzen Rückblick gab auf die allgemein staatspolitische, wirtschaftliche und soziale Lage im vergangenen Jahr. Die anschließende Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden Kameraden Berg G. Rierheim. Unsere Ortsgruppe hielt ihre zufriedenstellend besuchte Generalversammlung am 25. Januar ab. Kollege Schmitt gab den Kassenbericht, der ein gutes Spiegelbild der heutigen Lage des Baugewerbes war. Dem 20 Jahre als Vorsitzenden tätig gewesenen Kollegen Schmitt wurde bei seinem Rücktritt für seine Tätigkeit bestens gedankt. An seine Stelle wurde der Kollege Peter Schloffer zum Vorsitzenden gewählt.

Anschließend sprach dann Kollege Bell, Mannheim, über die gewerkschaftliche Arbeit des letzten Jahres und machte auf die kommenden Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages und der Bezirksverträge aufmerksam. Mit aller Kraft an dem Ausbau des Verbandes zu arbeiten, um die heutige Krise zu überwinden, ist unsere diesjährige Aufgabe.

Ramberg. Die Verwaltungsstelle Ramberg hatte am 25. Januar Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. Der erste Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das abgelaufene Jahr. Es war ein Jahr, wie schwerer die Bauarbeiter bis jetzt noch keines hatten. Der Kassenbericht wurde seitens des Kassierers Sebald gegeben. Der Kassenbericht wurde angenommen und Entlastung erteilt. — In der Vorstandswahl wurde Kollege Dufold als 1. Vorsitzender und Kollege Karl Sebald als Kassierer gewählt. Der 1. Vorsitzende dankte zum Schluß den ausgeschiedenen Vorstandsmittgliedern für die dem Verband geleistete Arbeit und Treue; den neuen Vorstand bat er, mit Mut ihre Bürde zum Wohle der Verwaltungsstelle sowie des Gesamtverbandes zu tragen. Die monatlichen Versammlungen finden jeweils den 2. Samstag, abends 8 Uhr, im Luitpoldsaale statt. Dufold

Schwiebus. Am 26. Januar hielten wir unsere erste gut besuchte Mitgliederversammlung im neuen Jahr ab. Der Kollege Hermann (Berlin) führte etwa folgendes aus: 60 Jahre hat seit der Gründung des Deutschen

Reiches vergangen. Nach dem gewonnenen Kriege 1870 bis 1871 gab es keine Wirtschaftskrise in Deutschland wie wir sie jetzt erleben müssen, damals wurde das einheitliche Geld in Deutschland geschaffen, wir bekamen Gold aus dem Auslande und schufen uns ein gutes Absatzgebiet im Auslande. Während des Krieges schaffte das Auslande neue Fabriken, so daß jetzt ein Teil unserer Waren keinen Absatz mehr finden. Hinzu kommen die hohen Zinsen für Geld, so daß das Baugewerbe stark darunter leidet. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit Aufmerksamkeit gehört.

**Gettingen.** Am Sonntag, den 1. Februar, hielten wir unsere Generalversammlung, wozu auch Bezirksleiter Heurich (Karlsruhe) erschienen war. Der 1. Vorsitzende gab den Jahresbericht über die Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1930. Sodann erstattete der Kassierer den Kassensbericht. Die Kassenverhältnisse sind trotz der schlechten Wirtschaftslage noch sehr zufriedenstellend. In der Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender Otto Müller und als Kassierer Karl Josef Theobald wiedergewählt. Anschließend sprach Kollege Heurich über die wirtschafts- und sozialpolitische Lage, insbesondere auch über die Neuordnung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Kollege Müller dankte dem Bezirksleiter für seinen lehrreichen Vortrag und stellte ihn zur Diskussion, in welcher hauptsächlich die Not der Ausgeleiteten zur Sprache kam. Es wurde dann beschlossen, einen Antrag an den Gemeinderat zu stellen wegen Notstandsarbeit. Der 1. Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung, treu zum Verbands- und geschlossenen hinter unseren Führern zu stehen.

**Landeshut i. Schl.** Am Sonntag, den 1. Februar, hielten wir unsere Generalversammlung ab. Koll. Holzbecher erstattete hierzu den Jahresbericht, aus dem u. a. zu ersehen war, daß im abgelaufenen Jahr 6 Versammlungen stattfanden, die von durchschnittlich der Hälfte der Mitglieder besucht waren. Der Jahreskassensbericht zeigte ein zeitbedingtes Bild. Zum 1. Vorsitzenden wurde August Körner, zum Kassierer Max Holzbecher gewählt. Hieran hielt Koll. Leuninger (Breslau) einen Vortrag über die kommenden Lohnverhandlungen und die Preisabbau-Bewegung. Er richtete u. a. den dringenden Appell an die Mitglieder, in den nächsten Wochen alles daranzusetzen, das Heer der Unorganisierten zu verringern, da diese eine große Gefahr für den Bestand der tariflichen Erwerbschaften bedeuten. Zur Preisabbau-Bewegung führte er einige Beispiele aus Breslau vor, und allgemein erregte es Bestreben, daß davon in den mittleren und kleineren Orten nichts zu merken ist, obwohl in lohnpolitischer Hinsicht die Verhältnisse schlechter sind als in den Großstädten.

**Schwerin (Warth).** Am Sonntag, den 1. Februar, hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Nach Erledigung der letzten Berichte des alten Jahres wurde zur Wahl geschritten. Kollege Johann Engelmann wurde 1. Vorsitzender. Kollege Amandus Handke 1. Kassierer. Zu Jugendgruppenführern wurden die Kollegen Schwarz und Gomerit (Hau.) gewählt. Zu den Tarifverhandlungen wurde folgender Entschluß einstimmig angenommen: Wir in der Grenzmark sind schon bei den letzten Tarifverhandlungen im Rückstand geblieben so daß uns ein Lohnabbau in der Grenzmark nicht zugemutet werden kann. Nur so wird es uns hier als Grenzbesitzer möglich sein, die Wacht in Treue für unser Vaterland zu halten.

**Berlin (Fugler).** Bei reger Beteiligung fand am 2. Februar unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Kozłowski, erstattete einen ausführlichen Jahresbericht. Er erwähnte hierbei auch die Wirkung der schlechten wirtschaftlichen Lage auf das Baugewerbe. Auch die Tarifregelung fand hierbei die entsprechende Würdigung. Die Einhaltung der Tarifbestimmungen muß erstes Gebot sein. Trotz der großen Arbeitslosigkeit ist die Entwicklung der Gruppe zufriedenstellend, konnte doch die Mitgliederzahl um über 20 Prozent erhöht werden. Die anschließende Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl. — Die Versammlungen finden laut Beschluß nach Bedarf statt, mindestens aber vierteljährlich einmal. — Mit einem begeisterten Schlusswort leitete unseres Sozialbeamten Weber, welches im unerwartetermaßen Vertrauen zum Verband anstieß, erreichte die gut verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

**Warburg i. Westf.** Am 3. Februar hielt unsere Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Dem Jahresbericht des 1. Vorsitzenden, Kollegen Gertel, entnehmen wir, daß die Arbeitslosigkeit des verflorenen Jahres durchweg 50—53 Prozent betrug. Der Prozentfuß der Arbeitslosigkeit ist seit November 1930 schon auf 100 gestiegen. Eine große Freude wurde allen Kollegen dadurch geteilt, daß wir den Film „Leute vom Bau“ und den Film vom Jugendtreffen in Köln hier hatten. Zur weiteren Werbung und Aufklärung wurden Lichtbildervorträge beschloßen und mit der Serie „Vom Pfahlbau zum Hakensträger“ eingeleitet. Der Kassensbericht des 1. Kassierers war dem Vorjahre gegenüber um über 40 Prozent niedriger, da die Arbeitslosigkeit sich im Kassensbericht am deutlichsten spiegelt. Die Mitgliederbewegung weist infolgedessen eine Veränderung auf, daß einzelne Kollegen zur Landwirtschaft übertraten, der alte Stamm aber noch erhalten blieb. Die Forderung für Jugendliche hatten eine Unterbrechung erfahren, als das Handwerksamt Warburg es fertig gebracht hatte, daß die von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellte Schulkasse aus wieder entzogen wurde. Selbiges mit der Begründung, daß die Kassensleiter (Polizei) nicht berechtigt seien, Lehrlinge auszubilden. Das Handwerksamt wollte diesen Wucher die Karte selbst leisten. Da das Amt aber bis heute noch keine Zeit hierfür hatte, wurden die Forderungen von unserer Ortsgruppe wieder eröffnet. Diese finden jeden Dienstag im katholischen Schellenhaus statt. Lichtbildervorträge sind am 2. März nachmittags um 2 Uhr. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes.

**Moritzburg.** Die Jahreshauptversammlung unserer Ortsgruppe fand am 6. Februar statt. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß wir schon einen guten Erfolg verbuchen können. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Schöber wiedergewählt, das Amt des Hauptkassierers wurde Kollege Diester übertragen. Unsere an historischen und Naturschönheiten reiche Gegend wird uns mit den Kollegen der Verwaltungsstelle Dresden zu Wanderversammlungen vereinigen. Ferner wurde beschlossen, demnächst eine Lichtbildserie aus dem Fach laufen zu lassen. Das laufende Jahr soll uns weiter auf dem Vormarsch sehen.

**Köln (Fachgruppe der Stuckateure und Fuger).** Am 5. Februar fand unsere General-Versammlung statt. Kollege Liederich erstattete den Jahresbericht. Viele Kollegen waren nicht in der Lage, 26 Wochen arbeiten zu können. Bei der in Köln im Bau- und Fuggewerbe überwiegend üblichen Akkordarbeit ist eine betrübende Erscheinung die Unterbietung der Kollegen. Wenn Not auch manches begreiflich macht; die Tarifverträge wurden geschaffen, um innegehalten zu werden! Im vergangenen Jahre waren wir in der Lage, einen Lohnabbau abzuwehren. Der Reichstarifvertrag für das Bau- und Fuggewerbe läuft noch bis zum 31. März 1932. Die Löhne müssen aber jetzt neu geregelt werden. Die Arbeitgeber werden schon mit „Wünschen“ kommen, denen wir unsern Anspruch auf Menschenrecht entgegenzusetzen müssen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Flügel gewählt.

**Breslau.** Die Verwaltungsstelle hielt am 7. Februar ihre Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Koll. Kanjerki, begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen. Kollege Trutwig, Schneidemühl, hielt einen lehrreichen Vortrag über Lohnabbau, Bauarbeiterlöhne, Preisabbau und Siedlungsweisen in der Grenzmark, wofür er Dank und Beifall erntete. Kollege Kanjerki erstattete einen ausführlichen Kassens- und Jahresbericht. Die Einnahme ist, trotz der großen Arbeitslosigkeit der Kollegen, als gut zu bezeichnen. 239 Schriftsätze wurden von der Ortsgruppenleitung abgefaßt. Die Mitgliederzahl stieg von 52 auf 72. Die Ortsgruppe hat sich sehr gut entwickelt, trotz der Anstrengungen der sozialistischen Ortsgruppe des Baugewerksbundes, die dahin gingen, unsere Ortsgruppe zu zerbrechen. In diesem Ringen sind aber nur die geistig Schwachen gefallen. In den Vorstand wurden wiederholt neugewählt: als 1. Vorsitzender P. Kanjerki, als Kassierer A. Kanjerki. Die in unserer Gemeinde eingeführte Bier- und Bürgersteuer ab 1.4 wurde des näheren besprochen. Von einem christlich-sozialen Gemeinschaftsgeist zeugte die rege Aussprache.

**Oberhausen, Rhld.** Die Ortsgruppe hatte ihre Mitglieder am 7. Februar zur Jahres-Generalversammlung eingeladen. Kollege Peters aus Duisburg erstattete den Geschäftsbericht mit Rückblick und Ausblick. In großen Zügen entwarf er ein übersichtliches und instruktives Bild über die augenblickliche internationale, politische und wirtschaftliche Lage. Die Weltwirtschaftskrise fand in den Darlegungen des Referenten eine eingehende Darstellung. Das größte Charakteristikum dieser Weltwirtschaftskrise sei, daß zur Zeit in der Welt 20 Millionen Arbeitslose gezählt wurden, von denen Deutschland allein fünf Millionen besitze. Die Bauarbeiterklasse sei von dieser Arbeitslosigkeit besonders empfindlich betroffen. In den Bauarbeiterkreisen herrsche nun schon seit Jahren größte Not. Eigenartig herrsche die Lohnabbau- und Preisentlassungaktion des letzten Jahres angefaßt der Tatsache, daß durch sie bis heute noch kein einziger Arbeiter wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden konnte. Mit dieser Krise fällt die Krise anderer Sozialversicherung zusammen. Ebenso die Tarifkämpfe, vor denen die Bauarbeiter jetzt unmittelbar stehen. Der Kassensbericht war trotz der unersichtlichen Wirtschaftslage befriedigend. Der Rückgang des Mitgliederbestandes betrug nur ein Prozent. Der Redner schilderte noch das arbeiterfeindliche Verhalten der KGD und forderte zum weiteren Zusammenhalten und zu aktiver Solidarität auf. Die anschließende Diskussion trug zur Vertiefung und Förderung weiterer wertvoller Gesichtspunkte bei. Die dann erfolgende Vorstandswahl erbrachte in voller Einmütigkeit die Wiederbestätigung der einzelnen Voten.

**Kimpor.** Am 8. Februar hielten wir unsere diesjährige sehr gut besuchte Generalversammlung ab. Der 1. Vorstand Kollege Theodor Jürlein erstattete einen ausführlichen Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß auch in diesem Jahr, trotz der großen Arbeitslosigkeit, in unserer Ortsgruppe erfreuliche Fortschritte gemacht wurden. — Bei der Vorstandswahl wurden Theodor Jürlein als 1. Vorsitzender, Georg Schleißinger als Kassierer wiedergewählt. Verbandssekretär Kollege Greib (Wärzburg) gab in seinem Vortrag einen Rückblick über das verflorenen Jahr und streifte auch die Beschäftigungsmöglichkeit im kommenden Jahr, die voransichtlich noch schlechter sei als die im vorigen Jahr. Er vertritt den Standpunkt, daß viel mehr gebaut werden könne, wenn der Zinsfuß niedriger wäre, und daß nicht wie die Unternehmer sagen, die hohen Bauarbeiterlöhne schuld seien. Auch die Verbandsjahre wurden durchgesprochen und den Satzungen des Baugewerksbundes gegenübergestellt, wodurch mancher Irrtum aufgeklärt wurde. Bei der Frühjahrsagitation soll jeder seinen Mann stellen dann werden wir auch in diesem Jahr wieder ein Stück vorwärtskommen. Zur Zeit werden auch wieder allmähentlich Schulungsstärke abgehalten, und in nächster Zeit sollen auch wieder Lehrlingsläufe stattfinden.

**Queidersbach.** Am 8. Februar hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das verflorenen Jahr. Trotz der überaus schlechten Konjunktur hat die Ortsgruppe einen Zuwachs zu verzeichnen. Sodann gab der Kassierer die Jahresabrechnung bekannt. Es wurde ihm Entlassung erteilt. Aus der vorgenommenen Neuwahl gingen hervor: Schneider, Aug., als 1. Vorsitzender und Egg, Konrad, als Hauptkassierer. Daran hielt Kollege Kauter, Eschbrunn, einen sehr lehrreichen Vortrag

über die letzten Neuerungen in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Ferner berichtete er über den gegenwärtigen Stand der Lohnfrage im Saargebiet und über die neuen Verhandlungen wegen der Saarunterstützung, die eine Neuerung erfahren soll. Zum Schluss forderte er alle Mitglieder auf, alles daran zu setzen, bis der letzte Bauarbeiter in Queidersbach unserm Verband zugeführt sei.

**Haren/Ems.** Unsere am 8. Februar stattgefundene Generalversammlung war recht zahlreich besucht. Zunächst erstattete der Kassierer, Kollege Borghorst, den Kassensbericht für das verflorenen Geschäftsjahr. Seinem Bericht war zu entnehmen, daß auch im verflorenen Jahre alle Kollegen ihre Pflicht getan haben. Kollege Landpeter berichtete über die Tätigkeit des Verbandes im verflorenen Jahre. Hauptaufgabe sei es gewesen, dafür zu sorgen, daß Baugelder flüssig gemacht seien, um für die Kollegen des Emslandes Arbeit zu beschaffen. Erstreulicherweise sei dieses gelungen. Auch für die kommende Zeit würde der Verband es als eine seiner Hauptaufgaben betrachten, für Arbeit zu sorgen. Wenn nicht alles täusche, so seien auch für dieses Jahr die Aussichten im Emsland nicht ungünstig. Er begrüßte es insbesondere, daß von den Harener Kollegen gesagt werden könne, daß sie dem Verband gegenüber ihre Pflicht erfüllt hätten, er ersuchte sie, dieses auch in Zukunft zu tun, denn dann würde auch dieser in der Lage sein die Kollegen über die schwierigen Verhältnisse der Jetztzeit hinwegzuhelfen. Bei der Vorstandswahl wurden zum 1. Vorsitzenden Kollege W. Kathmann, zum 1. Kassierer Bernh. Borghorst gewählt. Dankbar anerkannt wurde seitens der Versammlung die aufopfernde Tätigkeit des nunmehr wegen Krankheit ausscheidenden Bezirksleiters Kollegen Bonifatius Müller.

**Behta.** Am 8. Februar fand unsere Generalversammlung statt, an welcher auch Kollege Willmann, Osnabrück, teilnahm. Aus der Vorstandswahl gingen hervor als 1. Vorsitzender Josef Bleidt als 1. Kassierer Josef Bleidt. Der Kollege Willmann, Osnabrück, hielt einen Vortrag über die Ziele und die Tätigkeit unseres Verbandes, der von den Kollegen beifällig aufgenommen wurde. Dann wurden noch einige Streitfragen, die an dem Bau in Goldensteß entstanden waren, erörtert und aufgeklärt. Nachdem noch einige andere gestellte Fragen durch den Vorsitzenden beantwortet waren, fand die Versammlung, die von 26 Mitgliedern besucht war, ihr Ende. In Behta ist wieder ein reges Verbandsleben vorhanden. Unsere christlich gesinnten Kollegen scharen sich wieder reiflos um die Fahne unseres Verbandes, und besteht auch die beste Aussicht, weitere Fortschritte zu machen.

**Sterbetafel**

Am 2. Februar entschlief nach langem schweren Leiden infolge Magenkrebs unser treues Mitglied der Kollege Ludwig Czerwik im Alter von 57 Jahren.

Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr.

Am 3. Februar starb unser Mitglied Paul Franz Schulze aus Grunau bei Nitrig an Raucherpest im Alter von 21 Jahren.

Verwaltungsstelle Ostpr. i. Sa.

Ehre ihrem Andenken!

**Berichtigung.**

Die „Sterbetafel“ in der „Baugewerkschaft“ Nr. 6 muß dahin berichtigt werden, daß der Kollege Adam Rodt heute, Fugler, seit dem Jahre 1900 Mitglied unseres Verbandes war, nicht wie berichtet 1930.

**Möbel - Kamerling**  
Berlin Kastanienstr. 56  
Spezial-„Schlitz“-Herren  
Kleider-Reinigung  
Spottpreis-Zahlungswert

**Extraktreiche  
Likörreszenzen**  
zum Selbstbrauen von  
Lith. 1 Dtz. für 12  
Lit. ausreichend M.A. 20  
Laborat. E. Walthert  
Halle, Trotha 100

**Roman Gronlich  
Seitragmarken**  
BERLIN NO 43  
Golfenstraße 12

**Wepa**  
Fabrik f. Arbeitstüchtige  
einstufiger Berufs-  
Spezial-Blau-Maschinen-  
bau sowie Masch. und  
Maschinen-Anzüge  
Wilhelm Fahr, Berlin  
N 31, Brunnenstraße 73

**Spezialfabrik für Berufsausbildung**

Große Lager in La Recken,  
echte Feinschneidwerkzeuge.  
Wegen Raumbeschränkung ist es  
mir nicht möglich, für alle Artikel  
Preise anzugeben, deshalb  
fordern Sie vor Auftragserteilung  
sollta umsonst meine Preisliste  
ab. An Orten, wo nicht  
vertreten, Versand ad Belegfeld Pauls Mosberg,  
Belegfeld 5, Breite Straße 44.

**Radikaler Preisabbau!**

Andere werden  
Wir bewahren  
durch unsere neuen  
Katalog, zinsend  
kostenlos

**Sigard Gesellschaft  
Kassel 51**

**Die Konsumgenossenschaft  
Eichsfeldia e. G. m. b. H.**

mit ihren 53 Filialen und über 8000 Mitgliedern  
ist die Verbraucher-Organisation  
der eichsfeldischen Bauarbeiter.

Der Mitbestimmung entspricht permanente Mitarbeiterorganisation der eichsfeldischen Bauarbeiterfamilien. Die Familien der Bauarbeiter sollen besser nur in den Konsumgenossenschaften ihren Bedarf decken.